

29. September 2003

Jahrgang 1

Ausgabe 3



Liebe Freundinnen und Freunde,

## REFORMFAHRPLAN

Die Sommerpause ist zu Ende und der politische Alltag hat uns wieder. Wie Ihr sicherlich schon wisst, stehen wieder jede Menge wichtige Reformentscheidungen an über die wir Euch in dieser gesonderten **SÜDWEST GRÜN** Auflage informieren möchten. Deshalb haben wir für Euch die „Grünen“ Standpunkte zur Gemeindefinanzreform, der Gesundheitsreform sowie zur Umweltpolitik noch einmal zusammengefasst. Im Anschluss daran gibt es wie gewohnt auch diesmal einen großen Serviceteil, indem Ihr alle MdBs aus Ba-Wü mit ihren Aufgabengebieten, wichtigsten Telefonnummern und AnsprechpartnerInnen auf einen Blick findet. Weitere Infos findet Ihr natürlich auch unter [www.gruene.de](http://www.gruene.de)

Viel Spaß  
Euer Alex Bonde



Alex Bonde ist Vorsitzender der baden-württembergischen Landesgruppe der Grünen im Bundestag.

### Wann steht was als Debatte im Plenum, bzw. vor dem Bundesrat an?

Bis Ende November wird der parlamentarische Verlauf einiger Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen sein. In der ersten Sitzungswoche im Oktober, vom 13.10.03 -17.10.03 werden Teile des Hartz-Konzeptes, die Reform der Sozialhilfe und die Gemeindefinanzreform desrat den neuen Gesetzen zuwenden und über deren Verbleib im bundesdeutschen Reformkatalog entscheiden. Der Haushalt für das Jahr 2004 wird in 2. und 3. Lesung die Plenumdebatten vom 24.-28. November bestimmen. Im Bundesrat am 19.12.03 wird, kurz vor Weihnachten, ein hoffentlich gut geschnürtes Haushaltspaket beschlossen. Fristgerecht drei Wochen später, am 7.11.03, wird sich dann der Bun-

In dieser Ausgabe:

<i>Gemeindefinanzreform</i>	2
<i>Gesundheitsreform</i>	3-6
<i>Ökologie und Verbraucherschutz</i>	7-9
<i>SÜDWEST GRÜN Wer, wie, was und wo?</i>	10-12



In unserem Land...

## Gemeindefinanzen: Union gespalten – Koalitionsfraktionen einig

Von Kerstin Andreae, kommunalpolitische Sprecherin

Bei den Gemeindefinanzen haben sich in jüngster Zeit nahezu täglich neue Aspekte ergeben. Die augenblickliche Lage stellt sich wie folgt dar: Die Union bleibt gespalten. Der CDU-Politiker Doll, baden-württembergischer Städtetags-Präsident, hat öffentlich die Hinzurechnung von Dauerschuldzinsen zum Gewerbeertrag eingefordert, ebenso die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Frau Roth, während Friedrich Merz die Abschaffung der Gewerbesteuer fordert. Dies Seite an Seite mit der FDP, die erwartungsgemäß Klientelpolitik betreibt.

Franz Müntefering hat in den Tagesthemen vom 07.09.2003 festgehalten, dass es definitiv zu Nachbesserungen seitens der Fraktionen kommen wird. Die Fraktionen von SPD und Grünen sind sich hier über die Richtung einig. Auf unserer Fraktionsklausur haben wir wesentliche Punkte hierzu beschlossen:

- Der Gesetzentwurf des BMF zur Reform der Gemeindefinanzen bedarf der Verbesserungen.
- Die Kommunen brauchen eine rasch

wirksame und dauerhafte finanzielle Nettoentlastung.

- Das Entlastungsziel von 5 Mrd Euro für die Kommunen muß sicher erreicht werden.
- Schnelle und wirksame Hilfe bringt die Senkung der Gewerbesteuerumlage, anteilig zu Lasten von Bund und Ländern.
- Bei der Einbeziehung der freien Berufe müssen durch Anrechnung auf bestehende Freibeträge Mehrbelastungen in der Regel ausgeschlossen werden. Ein einfaches und transparentes Verfahren ist notwendig.
- Die grüne Bundestagsfraktion wird die notwendigen Verbesserungen des vorliegenden Gesetzentwurfes des BMF umgehend und in enger Zusammenarbeit mit der Fraktion der SPD in Angriff nehmen.

**Aus dieser Richtlinie ergeben sich konkrete Forderungen für den Gesetzentwurf, die wir in den nächsten Tagen zusammen mit der SPD besprechen und**

**als Änderungsantrag zum Gesetzentwurf einbringen werden:**

- Senkung der Gewerbesteuerumlage
- Keine Abschmelzung des Freibetrages. Im Regierungsentwurf verringert sich ab 25.000 Euro der Freibetrag kontinuierlich, also bei 30.000 Euro Gewinn noch 20.000 € Freibetrag, bei 40.000 € Gewinn noch 10.000 € Freibetrag etc. Wir wollen keine Abschmelzung, sondern einen vollen Freibetrag.
- Hinzurechnung von 50% der Dauerschuldzinsen, d.h. Übernahme des gesamten Hinzurechnungsblocks aus dem derzeit geltenden Gewerbesteuergesetz in das neue Gemeindefinanzsteuergesetz als Mindestforderung.
- Bei der Neugestaltung der Gemeindefinanzsteuer darf es nicht zu Verschiebungen zu Lasten der mittelständischen Wirtschaft gegenüber großen Kapitalgesellschaften kommen.



Wir brauchen eine Reform, die 2004 greift. Deshalb drücken wir in den nun folgenden Gesprächen auf Tempo, damit die Kommunen rasch entlastet werden können.

Kerstin Andreae



## Gesundheitsreform 2003: Kompromiss mit Perspektiven von Biggi Bender, gesundheitspolitische Sprecherin

Für Bündnis 90/Die Grünen waren bei den Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform 2003 vor allem zwei Ziele wichtig: Eine schnelle Senkung der Lohnnebenkosten und Strukturreformen, die dauerhaft die Qualität und Wirtschaftlichkeit unseres Gesundheitswesens verbessern. Der schließlich vereinbarte Kompromiss wird diesen Zielen zum Teil gerecht. Die Krankenversicherungsbeiträge werden in den nächsten Jahren deutlich sinken. Durch die beschlossenen Strukturreformen wird das System effektiver und effizienter werden. Trotzdem bleibt noch viel zu tun. An vielen Stellen merkt man dem Kompromiss deutlich an, dass nicht alle Beteiligten bereit waren, alte Zöpfe abzuschneiden.

### Das wurde verabredet:

#### 1. Stärkung der Patientenrechte

- PatientInnen- und Selbsthilfeverbände erhalten Informations-, Beteiligungs- und Anhörungsrechte.

- Es wird durch die Bundesregierung ein/e Patientenbeauftragte/r berufen.

#### 2. Stärkung der Patientensouveränität

Beim Versicherungsumfang und dessen Finanzierung erhalten Versicherte größere Entscheidungsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten. Versicherte können künftig ambulante Leistungen im EU-Ausland ohne Genehmigung ihrer Krankenkassen in Anspruch nehmen.

#### 3. Mehr Transparenz im Gesundheitswesen

- Die PatientInnen können künftig von ihrem Arzt eine Behandlungsquittung verlangen.
- Die Krankenkassen müssen künftig Geschäftsberichte veröffentlichen.
- Damit der Informationsfluss im Gesundheitswesen besser wird, löst zum 1. Januar 2006 die elektronische

Gesundheitskarte die Krankenversicherungskarte ab.

rungskarte ab.

- Die Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen werden verpflichtet, Prüf- und Ermittlungseinheiten zur Korruptionsbekämpfung einzurichten.

#### 4. Konsequente Qualitätssicherung

- Es wird ein Institut für Wirtschaftlichkeit und Qualität in der Gesundheitsversorgung gegründet.
- In Zukunft besteht für ÄrztInnen eine regelmäßige Fortbildungspflicht.

*Die Arztpraxen haben ein internes Qualitätsmanagement einzuführen.*

#### 5. Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen

- Die mit der Gesundheitsreform 2000 eingeführte integrierte Versorgung wird von Fesseln befreit.
- Es können Gesundheitszentren gegründet werden.
- Krankenhäuser werden für hochspezialisierte Leistungen der fachärztlichen Versorgung z.B. bei der Behandlung von Krebs- oder Multiple Sklerose-Kranken geöffnet.

#### 6. Mehr Bedarfsorientierung, weniger Bud-

#### getierung

- Ab dem Jahr 2007 werden die Budgets für die niedergelassenen ÄrztInnen abgeschafft und durch arztgruppenspezifische Regelleistungsvolumina ersetzt.

#### 7. Neuordnung des Arzneimittelmarkts

- Künftig bekommen die ApothekerInnen je verkaufter Arzneimittelpackung einen Fixzuschlag statt wie bisher prozentuale Zuschläge.
- Bei verschreibungsfreien Arzneimitteln wird der Preis nicht mehr gesetzlich vorgeschrieben, dies führt zu einem Preiswettbewerb, der den PatientInnen zugute kommt.
- Auch in Deutschland wird der Versandhandel mit Arzneimitteln zugelassen.

Künftig wird ein Apotheker bis zu vier Apotheken besitzen dürfen.

#### 8. Stärkung der Gesundheitsversorgung in Ostdeutschland

- Die Honorare der niedergelassenen ÄrztInnen in Ostdeutschland werden an die in

- Westdeutschland angeglich.
- Die Kassenärztlichen Vereinigungen erhalten die Möglichkeit, ÄrztInnen, die sich in unterversorgten Regionen niederlassen, Sicherstellungszuschläge zu zahlen.

### 9. Deutliche Absenkung der Lohnnebenkosten ab 2004

Die Gesundheitsreform 2003 wird den durchschnittlichen Beitragsatz der GKV, der gegenwärtig bei 14,3 Prozent liegt, im kommenden Jahr auf 13,6 Prozent und bis zum Jahr 2006 auf unter 12,5 Prozent absenken. Damit wird der Faktor Arbeit wesentlich entlastet. Dies wird durch folgende Maßnahmen möglich:

- Leistungen, die allgemeinen familien- und sozialpolitischen Zielen dienen werden künftig aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert. Hierzu wird die Tabaksteuer schrittweise bis zum Jahr 2006 um einen Euro pro Packung angehoben.
- Die Leistungen zur Sterilisation, das Entbindungsgeld und das Sterbegeld werden aus dem Leistungskatalog genommen. Bei der künstlichen Befruchtung werden von der GKV nur noch 50 Prozent

der Kosten getragen. Der Leistungsanspruch bei der Versorgung mit Brillen wird auf Kinder und Jugendliche bis 18 sowie auf schwersehbehinderte Personen begrenzt.

- Ab 2005 wird der Zahnersatz allein von den Versicherten finanziert. Dabei haben sie die Wahl zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung. In der gesetzlichen Krankenversicherung erfolgt die Finanzierung über einen einheitlichen, einkommensunabhängigen Beitrag (ca. 5 bis 6 Euro). **Die beitragsfreie Familienmitversicherung bleibt erhalten.**

- Ab 2006 wird die Finanzierung des Krankengeldes über einen zusätzlichen Beitragssatz in Höhe von 0,5% vollständig durch die Versicherten geleistet.

- Auf alle medizinischen Leistungen wird künftig eine Zuzahlung von 10% bzw. mindestens 5 Euro erhoben, die aber für die einzelne Leistung nie mehr als 10 Euro beträgt. Kinder sind von Zuzahlungen freigestellt. Beim (Zahn-) Arztbesuch fallen die 10 Euro nur einmal

pro Quartal an, auch wenn derselbe Arzt mehrfach aufgesucht wird bzw. wenn der Besuch weiterer Ärzte mit einer Überweisung erfolgt. Vorsorgeuntersuchungen sind zuzahlungsfrei. Bei einem stationären Aufenthalt (Krankenhaus, Reha) wird eine Zuzahlung von 10 Euro pro Tag für längstens 28 Tage im Jahr erhoben. Bei Heilmitteln und häuslicher Krankenpflege gilt künftig eine Zuzahlung von 10% je einzelner Leistung zuzüglich eines Beitrages von 10 Euro für die gesamte Verordnung. Für chronisch kranke Menschen gilt eine Belastungsgrenze in Höhe von 1% und für alle anderen in Höhe von 2% des Bruttoeinkommens. Familien mit Kindern erhalten einen Freibetrag je Kind.

- Auf Versorgungsbezüge (dazu gehören u.a. Betriebsrenten, Renten aus Versorgungswerken und Pensionen) und Alterseinkünfte aus selbstständiger Tätigkeit von RentnerInnen wird künftig der volle Beitragsatz erhoben. Die

- Krankenkassen legen seit 1989 Festbeträge für nicht patentgeschützte Arzneimittel fest, bis zu deren Höhe sie die Kosten übernehmen. Neu in die Festbetragsregelung einbezogen werden die sog. „Analogarzneimittel“, die sich nur unwesentlich von den bereits auf den Markt befindlichen Arzneimitteln unterscheiden und keinen besonderen Zusatznutzen aufweisen.

**Die Verwaltungsausgaben der Krankenkassen werden bis zum Jahr 2007 an die Entwicklung der beitragspflichtigen Einkommen gebunden.**

### Fazit

Einen großen Schritt vorwärts wird die Gesundheitsreform hinsichtlich der Beteiligungsrechte für Patientenverbände und Selbsthilfeszusammenschlüsse bedeuten. Künftig wird auch im Gesundheitswesen Bürgerbeteiligung groß geschrieben. Das wird auch der Qualität der Gesundheitswesen sehr zugute kommen. Mit der Finanzierung der sogenannten versicherungsfremden Leistungen wird einer langjährigen grünen Forderung entsprochen, gesellschaftliche Aufgaben durch die Gesamtgesellschaft und nicht nur durch die Beitragszahler-

Innen finanzieren zu lassen  
Die neuen Spielräume für Ärzte-Netze, Gesundheitszentren und andere kooperative Versorgungsformen sind sehr positiv zu bewerten. Dadurch wird ein Wettbewerb unterschiedlicher Versorgungsformen möglich, der der Qualität und der Wirtschaftlichkeit unserer Gesundheitsversorgung zugute kommen wird.

Wichtige Fortschritte sind insbesondere auf Druck der Grünen auch im Arzneimittelbereich zu verzeichnen. Die begrenzte Aufhebung des Apotheken-Mehrbesitzverbots, die Zulassung des Versandhandels und der Preiswettbewerb für verschreibungsfreie Arzneimittel versprechen frischen Wind in diesen bisher überreglementierten Bereich zu bringen.

Wir begrüßen, dass die Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR) nicht mehr ausschließlich am Rentenzahlbetrag festgemacht

wird, da in der KVdR bereits aktuell 60% der Ausgaben über die Beiträge der jüngeren Versicherten aufgebracht werden und dieser Anteil 2030 bei rd. 80% liegen wird. Gleichzeitig wird das Rentenniveau sinken

und der Anteil anderer Einkünfte an den Alterseinkommen wachsen. Dieser Vorschlag trägt zu mehr Generationengerechtigkeit bei.

Durch die gemeinsame Anstrengung von Versicherern, PatientInnen, SteuerzahlerInnen und Leistungserbringern wird in den nächsten drei Jahren der durchschnittliche Beitragssatz zur GKV um mehr als zwei Prozent sinken. Dies ist ein großer Beitrag für mehr Beteiligungsgerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Kritisiert wird allerdings von vielen Seiten, dass die Gesundheitsreform sozial unangewogen sei. Die Belastungen würden alleine die PatientInnen und Versicherten tragen, die Leistungserbringer würden ungeschoren bleiben. Das ist so nicht richtig. Die Anbieter von Gesundheitsleistungen

„Künftig wird auch im Gesundheitswesen Bürgerbeteiligung groß geschrieben“

sind bereits durch das zum Jahresanfang in Kraft getretene Beitragssatzsicherungsgesetz stark in die Pflicht genommen worden. Durch die „Nullrunden“ für Ärzte, Zahnärzte und Krankenhäuser, die Absenkung der Vergütungen für die Zahntechniker und vor

allem die Pflichtrabatte der Apotheken und der Pharmaindustrie an die GKV wurden die Leistungserbringer mit einem Beitrag in Milliardenhöhe an der Konsolidierung der Finanzentwicklung der GKV beteiligt. Und auch die Gesundheitsreform 2003 hält Belastungen für die Leistungserbringer bereit.

Allein die Arzneimittelindustrie wird durch die vereinbarten Strukturereformen mittelfristig mit 3 Milliarden Euro belastet.

Die Ausgliederung des Zahnersatzes aus der solidarischen Finanzierung war durch uns und die SPD nicht gewollt. Allerdings stellt die nun gefundene Lösung sicher, dass die Absicherung des Zahnersatzes auch weiterhin durch die GKV angeboten wird. Die Konkurrenz durch private Krankenversicherungsunternehmen muss die GKV nicht fürchten. Die GKV ist weitaus preiswerter als die Privaten und hat darüber hinaus weitaus größere Kapazitäten bei der Qualitätssicherung.

Richtig ist die häufig geäußerte Kritik, dass die Gesundheitsreform 2003 nicht so viel Wettbewerb in das Gesundheitswesen bringt, wie eigentlich erforderlich wäre. Insbes-

ondere der Verzicht auf die sukzessive Ablösung des Kollektivvertragssystems durch ein Einzelvertragssystem im Fachärzteebereich ist uns schwer gefallen. Wir bedauern auch, dass die Krankenkassen weiterhin mit jedem im jeweiligen Landeskrankenhausplan aufgenommenen Krankenhaus – unabhängig von seiner Qualität und Wirtschaftlichkeit – einen Vertrag abschließen muss.

Im Arzneimittelbereich gibt es zwei kritische Punkte. Dies ist zum einen der Verzicht auf die Arzneimittel-Positivliste, die die Transparenz und die Qualität auf dem Arzneimittelmarkt deutlich verbessert hätte – das Einsparpotential ist durch die Herausnahme der verschreibungsfreien Arzneimittel aber nahezu abgedeckt. Deren Aussteuerung wiederum, die grundsätzlich richtig ist, wird von Vielen als Bedrohung der Arzneimittel der besonderen Therapierichtungen und ihrer Hersteller wahrgenommen. Da der größte Teil der natürlichen Arzneimittel verschreibungsfrei sei, müssten die Patientinnen und Patienten diese Medikamente künftig selbst bezahlen. Ausweichreakti-

„Die Ausgliederung des Zahnersatzes aus der solidarischen Finanzierung war durch uns und die SPD nicht gewollt“

onen hin zu chemischen Arzneimitteln, die auch weiterhin durch die GKV getragen werden, seien wahrscheinlich. Da diese Kritik insb. auch aus Baden-Württemberg zu vernehmen war, hierzu ein paar ausführlichere Sätze.

An dieser Argumentation ist vieles richtig. Die zentralen Gegenargumente lauteten, dass 70 % der verkauften verschreibungsfreien Arzneimittel von den Patientinnen und Patienten schon jetzt selbst bezahlt werden und diese Arzneimittel durchschnittlich weniger als 11 Euro kosten. Daher sei diese Begrenzung des GKV-Leistungskatalogs sozial vertretbar.

Wir haben frühzeitig darauf aufmerksam gemacht, dass durch diesen Ausschluss die Gefahr bestünde, dass Naturarzneimittel vom Arzneimittelmarkt gedrängt werden. Innerhalb des Koalitionsvorschlags waren deshalb neben den Sonderbestimmungen für Kinder und behinderte Jugendliche auch Ausnahmeregelungen insbesondere für die homöopathischen und anthroposophischen Arzneimittel vorgesehen.

In den Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform konnten diese Regelungen trotz unserer heftigen Einwände nicht gehalten werden. Errei-

chen konnten wir lediglich, dass verschreibungsfreie Arzneimittel, die bei der Behandlung schwerwiegender Erkrankungen angewendet werden, auch weiterhin verordnungsfähig sind. Die Konkretisierung dieser Regelung soll durch den Gemeinsamen Bundesausschuss erfolgen. Damit sollte die Anwendung pflanzlicher Arzneimittel bei schweren Krankheiten gesichert sein.

**Die Bilanz der Gesundheitsreform 2003 ist zwiegespalten. Es bleibt noch viel zu tun.**

#### Was ist noch zu tun?

Wir werden darauf achten, dass der Gemeinsame Bundesausschuss entsprechend der Gesetzesvorgabe die Arzneimittel der besonderen Therapierichtungen bei der Formulierung seiner Richtlinie hinreichend berücksichtigt. Vor allem werden wir uns dafür einsetzen müssen, dass die besondere Qualitäten natürlicher Arzneimitteltherapien für ÄrztInnen und PatientInnen so offensichtlich werden, dass sie sich auch ohne Zuschuss durch die GKV für diese Arzneimittel entscheiden. Bündnis 90/Die Grünen werden sich auch weiterhin für die wettbewerbli-

che Weiterentwicklung der solidarischen Krankenversicherung einsetzen. Aufmerksam werden wir die Umsetzung der vereinbarten Strukturreformen begleiten. Die Ausweitung von Wettbewerbsstrukturen auf alle Leistungsbereiche steht auch weiterhin auf der Tagesordnung.

Vor allem aber wird es noch in dieser Legislaturperiode notwendig

sein, eine Reform der Finanzierung der GKV anzugehen. Die Finanzierungsgrundlagen der GKV müssen zukunftssicher und gerechter werden. Ansonsten wird die GKV den steigenden Anforderungen durch den demographischen Wandel und medizinischen Fortschritt nicht gewachsen sein. Damit auch künftig alle den Zugang zu den medizinisch notwendigen Leistungen haben, treten Bündnis 90/Die Grünen für eine Weiterentwicklung der GKV in eine Bürgerversicherung ein, der alle BürgerInnen angehören und zu deren Finanzierung alle Einkunftsarten beitragen. Mit der Arbeit an dieser Reform beginnen wir jetzt.



**Biggi Bender**

Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales

„Aufmerksam werden wir die Umsetzung der vereinbarten Strukturreform begleiten“



## Reformen für Deutschland: Mit Ökologie und Verbraucherschutz

In den vergangenen Wochen und Monaten hat sich eine absurde Diskussion um den Sinn und Zweck von Umwelt- und Verbraucherpolitik in Zeiten knapper Kassen und lahmender Konjunktur entbrannt, allem voran der Streit um die Förderung der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie. Es wird in der öffentlichen Diskussion zunehmend der Eindruck vermittelt, Umwelt- und Verbraucherschutz seien eine Wachstums- und Innovationsbremse, Ökologie und Ökonomie zwei sich gegenseitig ausschließende Zielgrößen. Ob Klimaschutz oder Agrarwende, Chemiepolitik oder Dosenpfand, ökologisch innovative Politik wird als Gefahr für Arbeitsplätze und den Standort Deutschland dargestellt. Besorgniserregend ist dabei die Reaktion der Bürgerinnen und Bürger auf diese Debatte: Zu beobachten ist eine wachsende Verunsicherung selbst bis in grüne Kreise hinein.

Ein besonders fragwürdiges Verhalten legen dabei Teile der Wirtschaft an den Tag. Das Beispiel des Dosenpfands macht deutlich, wie die durchaus berechtigte Sorge um Arbeitsplätze für eine inter-

derungspolitik instrumentalisiert wird und das gegen geltendes Recht und trotz großem Entgegenkommen des Umweltministers. Doch auch der Streit um die angebliche zu hohe Förderung der erneuerbaren Energien zeigt, dass zwei Dinge ganz offensichtlich aus dem Blickfeld geraten sind:

Erstens, Ökonomie und Ökologie sind zwei Seiten der selben Medaille, denn nur ökologische Innovationen sind auch ökonomisch nachhaltige Innovationen. Und zweitens, ein funktionierender Markt ist auf gut informierte und selbstbewusste Verbraucherinnen und Verbraucher angewiesen. Ohne Transparenz und Wahlfreiheit ist kein fairer Wettbewerb möglich. Vier Beispiele für wirtschaftlich erfolgreiche bzw. zukunftssträchtige ökologische Innovationsbereiche sollen dies veranschaulichen: die Energiepolitik mit ihren sehr erfolgreichen Instrumenten, die Kreislaufwirtschaft mit einem noch nicht ausgeschöpften Innovationspotenzial, der Bereich Umwelt und Gesundheit sowie die aktuell auf EU-Ebene diskutierte Reform der Chemikalienpolitik.

### Mit Klimaschutz und Energiewende schwarze Zahlen schreiben

Im Bereich des Klimaschutzes und hier vor allem in der Energiepolitik haben rot-grüne Reformmaßnahmen eindrucksvolle wirtschaftliche Entwicklungen ausgelöst. Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das 100.000-Dächer Programm und das Marktanzreizprogramm konnten in den vergangenen Jahren mehr als 130.000 Arbeitsplätze rund um die erneuerbaren

Energien geschaffen werden – allem voran in kleinen und mittelständischen Betrieben. Die Branche ist somit eine der wenigen in Deutschland, in der hochqualifizierte Arbeitsplätze entstehen. Der Emissionshandel wird ab 2005 zusätzlich Investitionen in effiziente Technologien belohnen. Im Bereich effizienter Technologien liegt noch ein enormes Potenzial brach, sowohl in der Industrie als auch beim privaten Verbraucher. Jedes Jahr verschlingt der Stand-by-Betrieb elektronischer Geräte eine Strommenge in der Größenordnung zweier Großkraftwerke. Zudem

muss in Deutschland in den nächsten 25 Jahren eine Kraftwerksleistung von 40.000 MW ersetzt werden, in Europa sind es insgesamt 200.000 MW. Hier und heute müssen also die Weichen für die zukünftige Energieversorgungsstruktur gestellt werden. Der einzig richtige Weg führt dabei in dezentrale Verbundsysteme, an der möglichst viele Akteure quer durch die Wirtschaftszweige und die Regionen beteiligt sind. Eine zukunftsfähige Energiepolitik muss auf die Förderung erneuerbarer Energien aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme, Energieeinsparung und Energieeffizienz setzen.

Die aktuelle Debatte um die Windenergie ist vor diesem Hintergrund absurd. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz kostet keinen Cent Steuermittel. Durch die Umlagefinanzierung über den Strompreis werden private Haushalte zur Zeit mit nur 1 Euro pro Monat belastet. Rechnet man die

„Das Erneuerbare-Energien-Gesetz kostet keinen Cent Steuermittel“

volkswirtschaftlichen Kosten der atomaren und fossilen Energiequellen mit ein, sind die Kosten pro Haushalt und Monat, die durch Waldsterben, Flutschäden, Dürreschäden, Bergbau, Atomtransporte etc. entstehen, mit mindestens 5 Euro anzusetzen. Diese Kosten entfallen durch den Einsatz er-

### Mit der Strategie „Weg vom Öl“ zu mehr Innovationen in der Kreislaufwirtschaft

neuerbarer Energien. Dass die Förderung der erneuerbaren Energien stärker degressiv gestaltet werden muss ist selbstverständlich und bereits entsprechend im Entwurf des Bundesumweltministeriums zur EEG-Novelle berücksichtigt.

Gerade im Bereich der Kreislaufwirtschaft verbirgt sich ein großes Potenzial für ökologische Innovationen und zwar

mehr, als die aktuelle Debatte um die Verpackungsverordnung und das Einwegpfand vermuten lässt. Festgehalten werden sollte zunächst, dass das Ein-

wegpfand die ökologisch sinnvollen Mehrwegsysteme stärkt, in der mittelständischen Getränkindustrie Arbeitsplätze erhält und neue schafft. Die Debatte über das Einwegpfand weist aber über das Thema hinaus. Nicht nur Verpackungen, auch viele andere Produkte und Werkstoffe basieren heute auf dem fossilen Rohstoff Erdöl mit

all seinen negativen ökologischen, sozialen und sicherheitspolitischen Folgen. Nachwachsende Rohstoffe haben hier ein enormes, noch kaum genutztes Potenzial, sich als klimaneutrale und ökologisch weitgehend unbedenkliche Alternative zu etablieren. Schon heute haben Verpackungen auf Basis nachwachsender Rohstoffe Marktreife erlangt, werden Werkstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen z.B. in der Autoindustrie eingesetzt. Nachwachsende Rohstoffe ermöglichen

zu dem ein zusätzliches Standbein für die Landwirte. Ähnlich den erneuerbaren Energien sind viele dieser Zukunftstechnologien allerdings zur Zeit noch nicht konkurrenzfähig und benötigen deshalb Anschubhilfen, um sich einem fairen Wettbewerb stellen zu

### Mit Umweltschutz zu mehr Prävention und Kostensenkung im Gesundheitswesen

Ökologie und Verbraucherschutz können aber noch zu einem anderen zentralen Reformthema einen wichtigen Beitrag leisten: In der aktuellen Debatte um die Gesundheitsreform wird zu wenig be-

achtet, dass viele Krankheiten durch Umweltfaktoren ausgelöst oder verstärkt werden. Mediziner weisen immer drängender darauf hin, dass neben Alkohol und Nikotin vor allem kritische Umweltbedingungen aber auch falsche Ernährungsgewohnheiten, Bewegungsmangel, Lärm und Stress verantwortlich sind für die Zunahme von Allergien, Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Kinder und Jugendliche sind in diesem Zusammenhang ganz besonders gefährdet. Alleine die Gesundheitskosten für Allergien in Europa belaufen sich nach Schätzungen der EU-Kommission auf jährlich 45 Mrd. Euro. Ein gutes Beispiel bietet ganz aktuell der heiß umkämpfte Rußpartikelfilter für Dieselfahrzeuge: Jährlich können etwa 14.000 Krebstodesfälle auf die gesundheitsschä-

digende Wirkung von Rußpartikeln zurückgeführt werden. Die flächendeckende Einführung entsprechender Filtersysteme ist dringend geboten und schon lange überfällig.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass der Entwickler eines bahnbrechenden Rußpartikelfiltersystems und Pionier der Katalysatorteknik, Hermann Josef Schulte – beziehungsweise

Chef eines mittelständischen Unternehmens – den diesjährigen Deutschen Umweltpreis der Bundesstiftung Umwelt erhält. Ein Musterbeispiel einer erfolgreichen ökologischen Innovation. Die Konsequenz hieraus muss insgesamt eine deutliche Stärkung des Querschnittsthemas Umwelt und Gesundheit im Regierungshandeln sein. Das im Jahr 1999 aufgelegte Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit kann dafür als Ausgangsbasis dienen. Ob in der Verkehrspolitik, dem Arbeitsschutz oder dem klassischen Umweltschutz Umwelt und Gesundheit muss als Handlungsfeld in allen Ressorts Berücksichtigung finden. Dabei muss sich das Vorsorgeprinzip künftig noch deutlicher als Leitgedanke etablieren.

„Die flächendeckende Einführung entsprechender Systeme ist dringend geboten und schon lange überfällig“

„Schon heute haben Verpackungen auf Basis nachwachsender Rohstoffe Marktreife erlangt“

## Grüne Innovationen in der Chemie für mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz

Mehr als 100.000 sogenannte Altstoffe und davon etwa 30.000 in marktrelevanten Mengen sind zur Zeit EU-weit im Verkehr. Nur ein Bruchteil dieser Stoffe hat jemals ein offizielles Zulassungsverfahren durchlaufen. Über diese Stoffe fehlen öffentlich zugängliche Daten über ihre langfristigen Wirkungen auf Umwelt und Gesundheit. Mit regelmäßigem Abstand finden Behörden und

Ökologische Innovationen schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze und sichern den Standort Deutschland

Verbraucherorganisationen schädliche Stoffe in Alltagsprodukten: Weichmacher in Kinderplanschbecken, zinnorganische Verbindungen in Gummistiefeln, Formaldehyd in Laminatböden – um nur einige ganz aktuelle Beispiele zu nennen. Um diesem „Gift-des-Monats“ Phänomen zu entgehen, entwickelt die EU zur Zeit eine Reform der Chemikalienpolitik, die der Industrie im Sinne der Produktverantwortung die Beweislast für die Unbedenklichkeit der von ihr produzierten Chemikalien auferlegt. Alle Stoffe müssen entsprechend ihrem Produktionsvolumen registriert, bewertet und bei hohem Gefahrenpotenzial für bestimmte Anwendungsbe-

reiche zugelassen werden. Bei aller berechtigter Sorge der Industrie um die Gewährleistung der Praktikabilität eines solchen umfassenden Regelwerks gilt:

Umwelt- und Verbraucherschutz setzen die nötigen Anreize für ökologische Innovationen und bieten die Chance für Unternehmen, sich mit grünen Pionierleistungen auf den Märkten zu etablieren. Schädliche oder umstrittene Stoffe werden durch „sauberere“ Stoffe, ineffiziente und umweltkri-

tische Produktionsverfahren durch schonendere ersetzt.

Die aktuellen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Reformen in Deutschland und der Europäischen Union sind mit wichtigen strukturellen Weichenstellungen für die Zukunft verbunden. Die vier Beispiele zeigen dabei deutlich: Ökologie und Verbraucherschutz können einen wichtigen Beitrag zu diesen Reformen leisten. Ökologische Innovationen schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze und sichern den Standort Deutschland im nachhaltigen Sinne. Umweltschutz kann darüber hinaus Kosten im Gesundheitswesen sparen und

sorgt zudem für mehr Lebensqualität. Dies sollten wir bei den noch anstehenden Diskussionen in diesem „Reformherbst“ nicht aus dem Auge verlieren.



**Antje Vogel-Sperl**  
Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



## Linkliste – neue Links zum Thema Reform

[www.gruene.de](http://www.gruene.de) (Homepage von Bündnis 90 / Die Grünen)  
[www.gruene-fraktion.de](http://www.gruene-fraktion.de) (Homepage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen)  
[www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs\\_rubrik/0,,347,00.htm](http://www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs_rubrik/0,,347,00.htm) (zum Thema Gesundheit/Rente)  
[www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs\\_dok/0,,44841,00.htm](http://www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs_dok/0,,44841,00.htm) (zum Thema Dosenpfand)  
[www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs\\_dok/0,,44168,00.htm](http://www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs_dok/0,,44168,00.htm) (zum Thema Wehrpflicht)  
[www.gruene.de/links](http://www.gruene.de/links) (Linkliste von Bündnis 90/ Die Grünen)



### Kerstin Andreae

Mitglied im Finanzausschuss  
 Platz der Republik 1, Berlin  
 Mitarbeit: Rita Maria Lienesch  
 (Sachbearbeitung), Ulrich Metzger  
 (Finanz- und Kommunalpolitik),  
 Tel. 030/227-71480, Fax -76481  
[kerstin.andreae@bundestag.de](mailto:kerstin.andreae@bundestag.de)  
[www.kerstin-andreae.de](http://www.kerstin-andreae.de)  
 Wahlkreis: Per Klabundt,  
 Haslacher Str. 61, Freiburg,  
 Tel. 0761/88867-13, Fax -14

### Biggi Bender

Mitglied im Ausschuss für Gesund-  
 heit und Soziales  
 Platz der Republik 1, Berlin  
 Mitarbeit: Annette Rausch  
 (wissenschaftl. Mitarbeiterin), Ast-  
 rid Spiegel (Sachbearbeiterin.),  
 Tel. 030/227-71667, Fax -76667  
[birgitt.bender@bundestag.de](mailto:birgitt.bender@bundestag.de)  
[www.biggi-bender.de](http://www.biggi-bender.de), Wahlkreis:  
 Hermannstr. 5a, Stuttgart,  
 Tel. 0711/26346177, Fax 6151725



### Alex Bonde

Mitglied im Haushaltsausschuss und  
 im Verteidigungsausschuss  
 Platz der Republik 1, Berlin  
 Mitarbeit: Jutta Albrecht (Haushalt),  
 Thorsten Arzbach (Verteidigung),  
 Ulrike Paschedag (Presse),  
 Tel. 030/227-71691, Fax. -76991  
[alexander.bonde@bundestag.de](mailto:alexander.bonde@bundestag.de)  
[www.alexbonde.de](http://www.alexbonde.de)  
 Wahlkreis: Marco Dieterle, Karl-  
 Friedrich-Str. 40, Emmendingen,  
 Tel. 07641/954545, Fax. 954546





### Winfried Hermann

Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und im Sportausschuss  
Platz der Republik 1, Berlin  
Mitarbeit: Sabine Krüger (Umwelt), Michael Baumbach (Termine, Sport),  
Tel. -71949, Fax -76399  
winfried.hermann@bundestag.de  
www.winfriedhermann.de  
Wahlkreis: Steffi Hähnlein, Ines Roth, Rümelinstr. 8, Tübingen,  
Tel. 07071/252757, Fax. 252757



### Fritz Kuhn

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit  
Platz der Republik 1, Berlin  
Mitarbeit: Marcus Becher (wissenschaftl. Mitarbeiter), Boris Dehler (Sachbearbeiter),  
Tel. 030/227-71896, Fax -76896  
fritz.kuhn@bundestag.de  
www.fritz-kuhn.de  
Wahlkreis: Christian Weis, Rohrbacherstr. 39, Heidelberg,  
Tel. 06221/167611, Fax. 24908

### Uschi Eid

Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Platz der Republik 1, Berlin  
Mitarbeit: Cordula Hamschmidt (Globalisierung), Nina Odenwälder (Entwicklungspolitik),  
Tel. 030/227-71575, Fax -76233  
uschi.eid@bundestag.de  
www.uschi-eid.de  
Wahlkreis: Martin Steinebrunner, Liftstr. 4, Herrischried,  
Tel. 07764/ 9335849, Fax. 415



### Petra Selg

Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales  
Platz der Republik 1, Berlin  
Mitarbeit: Isabelle Wagner (Gesundheit und Pflege), Ralf Heyder (Gesundheit und Pflege),  
Tel. 030/227-72038, Fax -76041  
petra.selg@bundestag.de  
Wahlkreis:  
Ulrich Bamann, Eugenstr. 57, Friedrichshafen  
Tel. 07541/4017-70, Fax. -72



### Antje Vogel-Sperl

Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Platz der Republik 1, Berlin  
Mitarbeit: Rainer Brohm (Chemikalienpolitik, Umwelt und Gesundheit, Verbraucherschutz), Michael Weltzin (Abfallpolitik, Kreislaufwirtschaft, ökol. Bauen),  
Tel. 030/227-72215, Fax -76234  
antje.vogel-sperl@bundestag.de  
Wahlkreis: Jörg Köhler, Hindenburgstr. 40  
Tel. 0711/3001794



### Rezzo Schlauch

Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit  
Mitarbeit: Ralph Obermaier (Wirtschaft), Gabriele Schäfer (Sachb.),  
Tel. 030/227-71570, Fax -76232, www.rezzo.de  
rezzo.schlauch@bundestag.de  
Wahlkreis: Jutta Parpart, Gelbinger Str. 87, Schwäbisch-Hall, Tel. 0791/94688-95, Fax. -96; Bernd Volkert, Hermannstr. 5a, Stuttgart, Tel. 0711/6153069, Fax. 6751725



MEHR INFOS  
GIBT'S UNTER  
WWW.  
GRUENE-  
FRAKTION.DE



## Euer Draht nach Berlin: SÜDWEST GRÜN Wer, Wie, Was und Wo?

Wir freuen uns, dass der letzte Rundbrief bei euch so gut angekommen ist. Weiterhin könnt ihr auf **SÜDWEST GRÜN** zählen, der Euch direkt aus der baden-württembergischen Landesgruppe mit Nachrichten und Informationen aus der Hauptstadt versorgt.

**SÜDWEST GRÜN** wird nur via Internet als pdf-Datei versandt. Das heißt,

dass **SÜDWEST GRÜN** ganz einfach mit Acrobat Reader geöffnet werden kann. Ihr könnt den elektronischen Rundbrief natürlich gerne an andere Interessierte, Freundinnen und Freunde weiterleiten.

Wer **SÜDWEST GRÜN** regelmäßig beziehen will und noch nicht im Verteiler ist, kann sich durch eine Mail an *alexander.bonde@bundestag.de* auf-

nehmen lassen. Ein einfaches „*In den Verteiler SÜDWEST GRÜN*“ im Betreff reicht aus. Abbestellen könnt ihr auf dem gleichen Weg.

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein, wie wir es gerne möchten. Ihr seid unser wichtigstes Binde-

glied nach Hause. Für uns ist es wichtig zu wissen, was euch konkret „auf den Nägeln brennt“.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in ständigem engen Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Auch eure Ideen und euer Engagement sind ein wichtiger Beitrag zu unserer Parlamentsarbeit.

Rundbrief der baden-württembergischen Grünen im Bundestag

V. i. S. d. P.

Alexander Bonde, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redakteur: Fedor Dittmann, Mitarbeit: Ulrike Paschedag, Thorsten Arzbach, Jutta Albrecht,

Telefon: 030/227-71691

Fax: 030/227-76991

E-Mail: [alexander.bonde@bundestag.de](mailto:alexander.bonde@bundestag.de)



**Bundestagsfraktion**